

Thema: attac, Attac-,

URL: <http://wien.orf.at/news/stories/2631673/>

wien ORF.at
Live:
▶ Radio Wien

Fernsehen
TVthek
Radio
Debatte
Österreich
Wetter
IPTV
Sport
News
ORF.at im Überblick

Hypo: Protestaktion vor dem Ministerrat

Die Hypo Alpe Adria hat am Dienstag vor dem Ministerrat für eine Protestaktion gesorgt. Grüne, SJ und Attac taten vor dem Bundeskanzleramt auf dem Ballhausplatz ihren Unmut kund.

Etwa 40 Grünen-Vertreter, angeführt von Bundessprecherin Eva Glawischnig, zeigten Schilder, auf denen sie fragten „Werner, was ist jetzt mit Gerechtigkeit“ und „Spindi, Entfesselung der Bankenfrage?“. Dass die Regierungsspitze im Pressefoyer nach dem Ministerrat erneut nicht auftreten wird, nannte Glawischnig „beschämend“. „Wir haben die Sorge, dass die Steuerzahler nicht geschont werden“, sagte sie.

Auch Sozialistische Jugend dabei

Rund zehn Attac-Vertreter - ausgerüstet mit Rettungsreifen und Schwimmflügerl - auf denen „Steuergeld“ stand, forderten auf einem Plakat „Wir wollen wissen, wer gerettet wird!“. Auch die Sozialistische Jugend (SJ) übte sich in Aktionismus. Sie veranstalteten einen Flashmob mit roten Teppich, Stehtischen und Sektkläsers unter dem Motto „Die Banken feiern Sektparty“.

Opposition verweigerte „Schulterschluss“

Am Ende der äußerst emotional geführten Nationalratssondersitzung zur notverstaatlichten Problembank Hypo Alpe-Adria lehnten die beiden Regierungsparteien ÖVP und SPÖ den Antrag auf einen Untersuchungsausschuss erwartungsgemäß ab. Dieser wurde im Vorfeld jedoch von den Grünen als Bedingung für einen von der ÖVP geforderten „nationalen Schulterschluss“ genannt. Grünen-Chefin Eva Glawischnig kündigte daraufhin umgehend an, künftig eine Reihe von Sondersitzungen einberufen zu wollen - mehr dazu in [ORF.at](#).

Ganz Österreich

- ▶ Wien-News
- ▶ Radio Wien
Veranstaltungen,
ExpertInnen, Podcast,
Sendungen
- ▶ Wien heute
On demand & live
- ▶ Volksgruppen
Vielfalt in Wien
- ▶ Landesstudio
Kontakt

Debatte: Hypo-Staatsabwicklung:
Was bedeutet das für Steuerzahler?

Viele Bürger sind über den Hypo-Alpe-Adria-Skandal verärgert und würden sich wünschen, dass die verantwortlichen Politiker selbst für den Schaden haften. Das fordern auch Team Stronach und NEOS.

Doch Verfassungsjuristen winken ab: Sie sagen, dass in einer Demokratie Politiker nur dann bestraft werden dürfen, wenn sie Gesetze gebrochen haben. Fehler zu machen, sei aber nicht verboten - mehr dazu in [oe1.ORF.at](#)

18.02.2014
[mehr Wien-News ▶](#)

Kontakt
Impressum